SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Es gilt das gesprochene Wort

Medienkonferenz des SECO vom 23. Juni 2015

Keine weiteren Regulierungen, endlich Sicherheiten schaffen!

Roland A. Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Ich muss an dieser Stelle nicht ausdrücklich betonen, dass die gegenwärtige Situation der Schweizer Wirtschaft angespannt ist. Wir gehen von einem Abbau in den kommenden Monaten von bis zu 30‘000 Stellen aus, sollte der Kurs zum Euro bei 1.05 Franken bleiben. Laut den Rückmeldungen, die wir aus der Wirtschaft erhalten, ist der Auftragseingang seit der Aufhebungen des Mindestkurses um gut 10 bis 15 Prozent eingebrochen. Selbst verlässliche Wachstumstreiber der Vergangenheit wie die Pharma-, Chemie- und Nahrungsmittelbranche sind heute mit Exporteinbrüchen konfrontiert. Selbstverständlich ist der starke Franken gegenwärtig das Hauptproblem der Unternehmen in der Schweiz. Daneben bestehen aber auch andere – sehr dringliche – Anliegen, die den Firmen hierzulande Sorgen machen. Viele Probleme, mit denen die Firmen heute konfrontiert sind, sind politischer Natur.

Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, die schleppende Umsetzung des Art. 121a BV sowie die Befürchtung der Arbeitgeber, auf ausländische Fachkräfte in Zukunft nur bedingt zugreifen zu können, haben dazu geführt, dass Investitionen zurückgehalten werden. Die Schweiz kämpft heute nicht nur mit einem verstärkten Stellenabbau – sie kämpft auch mit einem mangelhaften Stellenaufbau. Der Rückgang von Neuansiedlungen ausländischer Firmen ist seit geraumer Zeit spürbar. Dass dies das Angebot-Nachfrage-Gleichgewicht des Arbeitsmarktes tangiert, versteht sich von selbst. Wird die Dynamik des Arbeitsmarktes durch politische oder regulatorische Bestimmungen zu sehr gebremst, wird dies langfristig auch gesellschaftliche Probleme aufwerfen. Dies müssen wir um jeden Preis vermeiden. Das Erfolgsgeheimnis der Schweiz war schon immer eine rasche Anpassung – insbesondere der Arbeitsmärkte – an strukturelle Veränderungen. Eben diese Dynamik gilt es zu wahren.

Ich kann es nicht genug betonen, dass dieser Observationsbericht aus unserer Sicht sehr wichtig ist. Gerade Fragen zur Migration werden im politischen und medialen Diskurs oft stark emotional behandelt, ohne die entsprechenden Fakten einzubeziehen. Das ist äusserst gefährlich. Dann werden nämlich allzu schnell Entscheidungen getroffen, die volkswirtschaftlich – aber auch gesellschaftlich – äusserst kontraproduktiv sind. Die grosse Migration in die Schweiz ist für die Schweizer Bevölkerung seit jeher Fluch und Segen zugleich. Fluch deshalb, weil ein grosser Zustrom neuer Menschen immer auch Kosten verursacht. Grundsatzdiskussionen, wie viele Menschen die Schweiz erträgt, wie stark Inländer darunter leiden oder wer diese Migrationskosten schliesslich zu tragen hat, sind vorprogrammiert.

Segensreich ist die Einwanderung deshalb, weil wir heutzutage eine Migration in die Schweiz haben, die wir volkswirtschaftlich brauchen. Vor allem der Bedarf an Spezialisten kann durch das Schweizer Bildungssystem allein nicht abgedeckt werden. Darunter fallen nicht nur Ingenieure oder Ärzte. Der Fachkräftemangel ist in nahezu allen Branchen akut und betrifft das Handwerk genauso wie den Hochtechnologiesektor. Dies macht der Bericht einmal mehr deutlich. Selbstverständlich unterstützt der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) die Bemühungen des Bundes zur Förderung des Inländerpotenzials. Auch im Urteil des SAV ist es wichtig, beispielsweise den Wiedereinstieg der Frauen oder die Beschäftigung älterer Arbeitnehmender zu fördern. Aber – und dies muss betont werden – wir wissen nicht, ob und in welchem Umfang dieses Potenzial ausgeschöpft werden kann.

Hegibachstrasse 47 | Postfach | 8032 Zürich
T +41 (0)44 421 17 17 | F +41 (0)44 421 17 18
www.arbeitgeber.ch | verband@arbeitgeber.ch

Ich möchte an dieser Stelle auch unterstreichen, dass der immer wieder kolportierte Vorwurf, die Unternehmen bevorzugten ausländische Arbeitskräfte, schlicht falsch ist. So zeigt die im Bericht erwähnte Studie der BAK Basel, dass trotz des grossen Gewichts des Fachkräftemangels bei den Rekrutierungsgründen explizite Rekrutierungsanstrengungen im Ausland sehr selten unternommen werden. Auch die Massnahmen zur Standortförderung der Regionen, die vielfach kritisiert wird, spielen bei der Zuwanderung eine marginale Rolle. Gerade einmal 4 Prozent der Zuwanderung sind auf regionale und nationale Promotionsmassnahmen zurückzuführen. Davon entfallen rund drei Viertel auf ländliche oder strukturschwache Gebiete. Insofern sind diese Bemühungen als ergänzende Massnahme wohl eher zu begrüssen als zu bekämpfen.

Wie der Observationsbericht 2015 weiter zeigt, konnten in den vergangenen Jahren insbesondere der Gesundheitsbereich und das Sozialwesen einen starken Beschäftigungsausbau mittels EU/EFTA-Staatsangehörigen verzeichnen. Auch sind vermehrt Migranten ins Land gekommen, die vorwiegend freiberufliche, wissenschaftliche oder technische Dienstleistungen anbieten. Auch hier ist also der Vorwurf falsch, die Schweizer Wirtschaft hole sich ausländische Arbeitskräfte ohne Rücksicht auf die inländischen Befindlichkeiten. Sehr viele Migranten, die in jüngerer Zeit zugezogen sind, üben mehrheitlich Tätigkeiten aus, die besonders gesellschaftlich von grosser Bedeutung sind. Ich möchte die einzelnen Erwerbsbranchen hier nicht gegeneinander ausspielen. Aber ein grosser Teil der Migranten arbeitet in Spitälern, in Bildungseinrichtungen oder übernimmt öffentliche Stellen. Es geht nicht darum, einen Sündenbock zu suchen, der für die grosse Migration der letzten Jahre verantwortlich gemacht werden kann. Es geht darum zu erkennen, dass die derzeitige Migration eine Notwendigkeit ist, damit Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme betrieben werden können.

Gemäss den Umfrageergebnissen von B.S.S. beruht die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte seitens Schweizer Unternehmen zu rund 80 Prozent auf einem nationalen und lokalen Mangel an geeigneten Fachkräften. Auch dieses Jahr wird dieses Faktum durch den Observationsbericht bestätigt: Die Schweiz profitierte auch im letzten Jahr von einer Zuwanderung, die sich andere Länder nur wünschen können. So handelt es sich bei der Migration aus dem EU-Raum in erster Linie um eine Arbeitsmigration. Über 60% der im Jahr 2014 an EU-EFTA-Bürger/innen neu ausgestellten Bewilligungen gingen an Zuwanderer, die zum Zweck der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in die Schweiz einreisten. Die Migranten aus dem EU/EFTA-Raum wiesen dabei eine deutlich höhere Qualifikation auf als die ansässige Erwerbsbevölkerung. So betrug der Anteil an Personen mit tertiärer Ausbildung bei den zwischen 2002 und 2014 zugewanderten Personen über 50 Prozent.

Die positiven Nebeneffekte, die daraus resultieren, hat Boris Zürcher bereits erwähnt. Die starke Zuwanderung der letzten Jahre hat die demographisch bedingte Überalterung verlangsamt. Die im Bericht beschriebene Studie des BSV ist eindrücklich. Das Umlageergebnis der AHV wäre ohne die Beiträge der zugewanderten EU/EFTA-Staatsangehörigen bereits 2009 negativ ausgefallen; ohne Zuwanderung wäre ein Defizit von 2,3 Milliarden Franken entstanden. Auch bei der IV haben sich die Befürchtungen, wonach die Personenfreizügigkeit zu einer Zunahme ausländischer IV-Leistungsbezüger führen könnte, nicht bewahrheitet. Tatsächlich war die Entwicklung der Rentnerzuwachsrate seit 2002 für alle Nationalitäten-Gruppen rückläufig.

Ich könnte anhand des Berichts noch eine ganze Reihe weiterer Fakten heranziehen, die den grossen Nutzen der Migration für die Schweiz weiter bestätigen. Verschiedene Indikatoren zur allgemeinen Lohnentwicklung – die hier auch erwähnt sind - lassen darüber hinaus auf ein deutlich stärkeres Reallohnwachstum gegenüber den 90er Jahren sowie eine über die Lohnverteilung insgesamt ausgewogene Lohnentwicklung schliessen. Die Zuwanderung hat für inländische Erwerbstätige nur vereinzelt negative Effekte auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit mit sich gebracht. Die Lohnentwicklung und die Lohnstrukturen wurden nicht, wie befürchtet, durch die Migration negativ beeinflusst. Auch ein Lohndruck auf wenig qualifizierte Berufe konnte statistisch nicht nachgewiesen werden. Bei höheren Lohnklassen

wurde zwar ein leicht dämpfender Effekt festgestellt. Dieser Effekt entspricht aber weit mehr einem Knappheitssignal, welches mehr über den ausgetrockneten Arbeitsmarkt der 90iger Jahre aussagt als über heutige Probleme. Auch bei der Arbeitslosigkeit kann heute kein Verdrängungseffekt von Schweizerinnen und Schweizern durch Ausländer festgestellt werden. Vielmehr ist die jetzige Arbeitslosigkeit noch teilweise eine Folge der Migrationspolitik der 80er und 90er Jahre.

Bis auf weiteres sind wir an mehreren Fronten gefordert, denn solange die Masseneinwanderungsinitiative nicht umgesetzt ist, muss der Vollzug der Personenfreizügigkeit weiter optimiert werden. Ich spreche bewusst von Optimierung, denn ein stärkerer Zwang oder eine weitere Flut an neuen Regelungen beschneiden die Dynamik des Arbeitsmarktes. Bei der Optimierung des Vollzugs müssen wir darauf achten, dass die Migration weiterhin in hohem Masse an eine Erwerbstätigkeit gekoppelt ist. Wenn noch immer ein substanzieller Teil der Zugewanderten aus dem EU / EFTA-Raum keinen einzigen Tag gearbeitet hat, ist das sehr befremdlich.

Im Übrigen zeigt auch hier der Observationsbericht ein paar interessante Wahrheiten. Gerade die Beschreibung der strukturellen Unterschiede der Arbeitsmärkte in den Regionen und Kantonen lässt darauf schliessen, dass wir in Zukunft eben diesen Regionen und Kantonen die genügende Autonomie hinsichtlich der Migration einräumen müssen. Die Probleme in der Deutschschweiz sind andere als jene in der lateinischen Schweiz. Die Grenzregion Tessin funktioniert anders als die Grenzregion Basel oder Genf. Dies müssen wir bei der Umsetzung der MEI berücksichtigen. Denn nur die Menschen vor Ort spüren tatsächlich die Herausforderungen, die durch die jeweilige Migration entstehen.

Es bedarf weiterhin viel gemeinsamer Arbeit, damit nun möglichst rasch konstruktive Lösungen entstehen und umgesetzt werden können. Die jetzigen Unsicherheiten sind wahres Gift für die Schweizer Wirtschaft. Mittlerweile sind die gravierenden Konsequenzen aus den Statistiken ablesbar. Die Arbeitgeber der Schweiz hoffen, dass die jetzigen Unsicherheiten, die vielfach politisch entstanden sind, rasch behoben werden, so dass die Schweiz wieder attraktiv wird für Unternehmen. Herzlichen Dank!

Kontakt:
Prof. Dr. Roland A. Müller
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich
Tel: +41 (0)44 421 17 31; +41 (0)79 220 52 29
mueller@arbeitgeber.ch

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 80 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit rund 1,8 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Zur Zukunftssicherung verfügt der Verband über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik. Geführt wird der SAV von Direktor Roland A. Müller, präsidiert von Valentin Vogt.